Zeitschrift: Allgemeine schweizerische Militärzeitung = Journal militaire suisse = Gazetta militare svizzera

Band: 56=76 (1910)

Heft: 33

Artikel: Das englische Heeres- und Marinebudget für 1910/11 : die Folgen der liberalen Marinepolitik

Autor: O.B.

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-163

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 10.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

sich von ihnen nicht frei machen kann, wenn sie unausrottbar in das Wesen des Volkes übergegangen wären, dann müsste man sich ihnen beugen. Die ganze Entwicklung unseres Wehrwesens zu seiner jetzigen Achtung verdienenden Stufe beruht aber darauf, dass diese Ueberbleibsel nicht Bestandteile des ureignen Wesens unseres Volkes sind.

Wenn bei Aufstellung unseres jetzigen Wehrgesetzes sorgfältig vermieden wurde, sie zu berühren, so geschah das nicht aus Anerkennung der Berechtigung ihres Fortbestehens, sondern ganz allein aus dem angegebenen Grund. Die Pflicht, ihren schädlichen Einfluss zu bekämpfen, besteht nicht bloss nach wie vor, sondern in erhöhtem Masse; denn sonst kann das niemals erreicht werden, was man dem souveränen Volk zusicherte, als man seine Zustimmung zum neuen Gesetz verlangte.

Meine ganze Lebenserfahrung ist mir Beweis, dass das viel ungenierter und radikaler geschehen kann, als man gemeiniglich meint; nicht das Volk ist es, das an ihnen hält.

Ich habe eingangs gesagt, dass der Anregung: unsere Generale auch Generale zu nennen, eine gewisse Bedeutung beizumessen sei, so wenig die Sache selbst auch von Belang ist.

Diese Bedeutung liegt darin, dass überhaupt gewagt wurde, die Anregung zu machen, und nicht die Beschuldigung gefürchtet wurde, man habe kein Verständnis für die „Eigenart“ unseres Volksheeres und für demokratisches Wesen. Es könnte in dieser Kundgebung vielleicht ein Anzeichen erblickt werden dafür, dass man sich über Denken und Empfinden des Volkes täuscht, wenn man glaubt, es lege Gewicht darauf, dass man äusserlich einen Zustand aus längst vergangener Zeit fortbestehen lässt, den man in der Sache selbst schon lange ändern musste.

Das englische Heeres- und Marinebudget für 1910/11. Die Folgen der liberalen Marinepolitik.

I. Die „Flottenpanik“.

Hatte es sich schon im vorigen Jahre erwiesen, dass die liberale Regierung des Kabinettes Asquith schlechterdings mit der von ihrem Vorgänger Sir Henry Campbell-Bannermann inaugrierten, geradezu unverantwortlichen Sparpolitik in den Ausgaben für die nationale Verteidigung brechen musste, wenn sie nicht von einem wachsenden Sturme der Entrüstung weggefegt werden wollte, so zeigten das Heeres- und Marinebudget des laufenden Jahres noch deutlicher die Fortsetzung dieser Schwenkung. Eine Schwenkung allerdings, die vielmehr „der Not gehorchend, nicht dem eignen Triebe“ erfolgte, und wie so manche mit vielen Worten eingeleitete Aktion der liberalen Regierung auf halbem Wege stehen zu bleiben droht.

Man erinnert sich noch, dass das Marinebudget des letzten Jahres ausser den vier auf jeden Fall zu bauenden Dreadnoughts noch vier sog. Eventualdreadnoughts enthielt. Dieselben sollten nur gebaut werden, wenn fremde Schiffbautätigkeit ihren Bau nötig machen sollte. Im Schosse des liberalen Kabinettes, wie auch innerhalb der Partei war eine starke Gruppe von den Konservativen „Klein Engländer“ oder „Klein Flottenleute“ genannt, eifrig an der Arbeit, den Bau dieser weitern vier Kampfschiffe zu hintertreiben. Die vier dieser „Abrüstungspartei um jeden Preis“ angehörenden Minister Lloyd George, Churchill, Biwell, Harcourt gaben sich bereitwillig zum Sprachrohr her und entledigten sich ihrer Aufgabe oft in einer auch für Fernstehende wenig würdigen und unverständlichen Art und Weise Es ist nicht erbaulich, wenn der Finanzminister eines Staates — Lloyd George — in parteipolitischen Versammlungen von der „Vergeudung“ der Staatseinnahmen auf die Flotte spricht.

Die Reaktion liess denn nicht lange auf sich warten. Als die Gefahr erkannt wurde, dass die vier Eventualdreadnoughts nicht gebaut werden sollten, erhob sich weit im Lande herum eine tägliche wachsende Erregung. Hochverdiente und im Dienste ergraute Admirale erhoben ihre warnende Stimme und wiesen auf die Folgen hin, wenn Egland seine zur Erhaltung seines Weltreiches und zum Schutze seiner ungeheuren Handelsflotte absolut notwendige Suprematie zur See verlöre.

Man hat auf dem Kontinente mit Unrecht diese Erregung als eine künstlich erzeugte und genährte „Panik“ belächelt. Mit Unrecht, denn sie war nichts anderes, als die Reaktion des gesunden Menschenverstandes gegen eine Regierung, die ihre Hauptpflicht, die Pflicht für die Sicherheit des Staates zu sorgen, aus rein parteipolitischen Gründen vernachlässigen wollte. Wie sehr jene weitgehende Erregung berechtigt war, beweist auch ein Aufsatz des amerikanischen Admirals Naban, des Verfassers des epochemachenden, grundlegenden Werkes[1]) über Seekriegsgeschichte, den derselbe in der englischen Presse erscheinen liess und indem er den geäusserten Befürchtungen nur allzu Recht gab.

Die liberale Regierung aber wurde durch die wachsende und immer weitere Kreise ziehende Erregung gezwungen, fester als bisher gegen die im eigenen Kabinette und in der Partei sich

[1]) „Influence of Sea Power upon History“ 1890. (Der Einfluss der Seeherrschaft auf die Geschichte)

fühlbar machenden Bestrebungen der Abrüstungspartei Front zu machen und den Bau der vier weitern Dreadnoughts an die Hand zu nehmen.[1])

Kurz nach diesen für die Regierung und die hemmende Partei nicht gerade förderlichen Auseinandersetzungen trat in London die Imperial Defence Conference, eine aus Vertretern der selbständigen Kolonien und des Mutterlandes zusammengesetzte Reichs-Verteidigungskonferenz zusammen. Dieselbe zeitigte, noch unter dem frühern Eindruck der „Flottenpanik" stehend, bemerkenswerte Resultate. Australien, Neuseeland und Kanada verpflichteten sich zur Aufstellung eigener kolonialer Geschwader, darunter von 2 Dreadnoughts, 12 Kreuzern, 18 Torpedozerstörern und 2 Unterseebooten. Südafrika nahm angesichts der bevorstehenden Unificierung keinen Anteil an der Konferenz, versprach aber, sich an der nächsten im gleichen Sinne zu beteiligen. Wenn in der kontinentalen Presse hie und da die Ansicht geäussert wurde, dass die Schaffung dieser kolonialen Flotten einen weitern Schritt zur völligen Loslösung der Kolonien vom Mutterlande bedeute, so zeigt dies nur, wie wenig noch auf dem Kontinente die ganze Erscheinung des britischen Weltreiches und die grossen, grundlegenden Züge seiner Schaffung verstanden werden.

Die wachsende Selbständigkeit der grossen Kolonien, die Möglichkeit, die ihnen damit geboten ist, sich frei und ungehindert zu entwickeln, ist kein Element der Schwäche für die Fortentwicklung des Gesamtreichs, sondern im Gegenteil ein solches wachsender Stärke. Das Heranwachsen zu dem Mutterlande der koordinierten, nicht subordinierten, gleichberechtigten und -verpflichteten Schwesternationen und ihre schliessliche Zusammenfassung zu einem grossen, ganzen anglosächsischen Gesamtreich, zu dem später auch die Vereinigten Staaten Nordamerikas[2]) treten sollen, ist das Ziel und der Ehrgeiz anglosächsischer Imperial- und Rassenpolitik.

Als dann vollends die im Januar dieses Jahres erfolgten Neuwahlen die bisherige unerhört grosse Majorität der Liberalen ganz bedeutend erschütterten und die Opposition fast doppelt so stark ins neue Parlament einzog, war es klar, dass das Schlimmste abgewendet war und die Grundlagen für eine zweckentsprechender Flottenpolitik sicherer geworden waren. Man muss die gegenwärtige englische Verteidigungspolitik im Spiegel dieser politischen Begleiterscheinungen betrachten, wenn man sie verstehen will.

II. Das Heeresbudget.

Daselbe beträgt für das laufende Jahr L 27 760 000, was gegenüber dem Vorjahre eine Vermehrung um L 325 000 bedeutet. Vergleichen wir es mit dem Budget von 1905, dem letzten Jahre der konservativen Herrschaft, so finden wir, dass es um volle L 2378000 hinter dem damaligen, das L 29 813 000 betrug, zurückbleibt.

Der grösste Teil dieser Ausgabensteigerung gegenüber dem Vorjahre fällt zu Lasten der neugeschaffenen Territorialarmee, deren Rekrutierung im Vorjahre und in der ersten Hälfte des laufenden, die Erwartungen erfüllt hat; dazu kommen noch die Erhöhung des Soldes der stehenden Armee, vermehrte Pensionen etc.

Die reguläre Armee wird um 1000 vermehrt; ihre Stärke beläuft sich damit, ohne die in Indien und den übrigen Kolonien stehenden weissen Truppen auf 184 200 Mann.

Im Uebrigen kann der Kriegsminister Haldane mit Befriedigung erklären, dass nunmehr die bei der Neuordnung des Heeres organisierte Expeditionsarmee, „Striking Force" völlig organisiert sei. Diese zur Verwendung auf dem Festlande und zur Unterstützung kontinentaler Bundesgenossen und Freunde geschaffene Feldarmee besteht, wie bekannt, aus 6 Divisionen (à 3 Infanterie-Brigaden), einer Kavalleriedivision (4 Brigaden à 3 Regimenter) nebst den notwendigen Armeetruppen. Ihre Stärke beträgt rund 170 000 Mann.

Die Territorialarmee — in 14 Divisionen nebst 14 Kavalleriebrigaden gegliedert — hat im verflossenen Jahre erfreuliche Fortschritte gemacht, sowohl hinsichtlich der Rekrutierung, als auch ihrer Ausbildung. Sie soll eine etatmässige Stärke von 313 000 Mann erhalten; ihre Stärke betrug auf 1. Februar 1910 276 618 Offiziere und Mannschaften und mag seither auf rund 290 000 Mann angewachsen sein. Damit dürfte sie den vom Kriegsministerium erwarteten höchsten Stand erreicht haben.

Die Bewaffnung der Territorialarmee mit dem zum Rohrrücklauf umgeänderten alten Feldartilleriematerial ist durchgeführt. Die reitende Artillerie wird im Gegensatze zu derjenigen der regulären Armee mit einem leichten Ehr-

[1]) Dass in allererster Linie die liberale Regierung selbst diese „Panik" verursachte, geht zur Genüge aus der Tatsache hervor, dass auf die Aufsehen erregende Aeusserung des Premierministers hin, dass Deutschland die Ausführung seines Programmes beschleunige, Australien und Neuseeland telegraphisch je einen, Neuseeland eventuell gar zwei Dreadnoughts offerierten.

[2]) Vgl. auch Dr. Carl Peters, den bekannten deutschen Afrikaforscher in „England und die Engländer" Berlin 1910 pag. 272/73, der es ebenfalls als möglich betrachtet, dass sich die Vereinigten Staaten nocheinmal in föderativer Weise dem grossen britischen Reiche anschliessen werden.

hardt'schen 15 Pfünder Schnellfeuergeschütz ausgerüstet. Die Bewaffnung der Infanterie mit dem neuen Gewehr soll bis zum Schlusse des laufenden Jahres durchgeführt sein.

Die Bildung einer Reserve der Territorialarmee ist in Vorbereitung begriffen; sie soll Drittelstärke der Territorialarmee erhalten.

Was die von England zu lange vernachlässigte Frage der Beschaffung lenkbarer Luftschiffe betrifft (auch hier waren die Spartendenzen des liberalen Kabinetts die Ursache), so besitzt die Armee gegenwärtig 3 kleinere Luftschiffe; ein weiteres ist im Bau; ein grosses in Frankreich erstelltes, vom Typ Lebaudy kommt in den nächsten Tagen zur Ablieferung und ein ganz grosses, von der Grösse der Zeppelinfahrzeuge wird von der Firma Vickers, Maxim and Sons für die Admiralität gebaut.

Manöver im grossen Masstabe, zu der auch Territorialdivisionen zugezogen werden und an denen selbst ein Kavallerieregiment von Kanada teilnimmt, sollen neben der vollständig kriegsmässigen Mobilisierung einer Liniendivision den Ausbildungsgrad der Territorialtruppen und ihren kriegerischen Wert im Zusammenarbeiten mit regulären Truppen dartun.

Das Bild, das sich aus den das Budget begleitenden Darlegungen des Kriegsministers ergibt, ist ein durchaus erfreuliches. General Langlois[1]), der den letztjährigen Manövern gefolgt ist, findet hohe Worte der Anerkennung der vorzüglichen Ausbildung der regulären Armee und preist die Dienstfreudigkeit und den Diensteifer, mit dem die Territorialtruppen arbeiten und den frischen Zug der Initiative, der das Ganze durchweht. Vergegenwärtigt man sich dazu noch die Tatsache, dass die Territorialarmee aus eigenen, nicht mit dem allgemeinen Kriegsbudget im Zusammenhange stehenden Fonds, dieses Jahr nicht weniger als 12 Millionen Franken für die Schaffung von Infanterie- und Artillerieschiessplätzen aufwendet, so darf behauptet werden, dass der Stand der britischen Landstreitkräfte noch nie erfreulicher und versprechender gewesen ist.

Noch darf nicht vergessen werden, dass im Laufe des letzten Jahres eine der grossen Kolonien, Australien dem Mutterlande mit gutem Beispiele in der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht vorangegangen ist. Wenn auch England stets für seine überseeischen Kriege als Armee erster Linie eine Soldarmee besitzen muss, so wird und muss es doch schliesslich dazu kommen für die Armee zweiter Linie, die Territorialarmee, die allgemeine Wehrpflicht einzuführen. Der Zeitpunkt dafür dürfte nicht mehr allzufern liegen; entschieden durch die deutschen Flottenrüstungen angefacht und gefördert, hat die Idee der allgemeinen Wehrpflicht in England ganz ungeheure Fortschritte gemacht. Ein unverkennbarer militärischer Geist hat, wie General Langlois betont, grosse Bevölkerungsmassen ergriffen und harrt nur des Mannes, der stark genug ist, ihm zum endgültigen Durchbruch zu verhelfen. Ob das der Mann von Eisen „the man of iron", Kitchener sein wird, wird eine nahe Zukunft beweisen.[1])

[1]) Général Langlois: „L'Armée Anglaise dans un Conflit Européen", Paris-Nancy 1910, Berger-Levrault & Cie.

III. Das Marinebudget. Die Aufgabe des Two Power Standard und ihre Folgen.

Das Marinebudget für das laufende Jahr beträgt L 41 292 800 oder rund 1 Milliarde Frs. Es bedeutet dies gegenüber dem Vorjahre eine Vermehrung um L 6 150 100 oder rund 150 Millionen Frs., erreicht aber noch nicht den letzten Höchststand, den es 1904 besass und der damals L 41 435 000 betrug.

Eine Milliarde ist zwar eine ganz ungeheure Summe und die Vermehrung der Ausgaben gegenüber dem Vorjahre eine respektable, wir werden aber sehen, dass das diesjährige Budget den tatsächlichen Erfordernissen nicht gerecht wird. Das diesjährige Bauprogramm umfasst nämlich den Bau von:

5 Dreadnoughts (Schlachtschiffen oder Schlachtschiffkreuzern) à ca. 25 000 Tonnen.
5 Geschützten Schnellkreuzern à ca. 6000 Tonnen.
23 Torpedobootzerstörern à ca. 1000 Tonnen.
10 Unterseebooten à ca. 650 Tonnen.

Dazu die Erstellung eines grossen Dockes in Portsmouth, zweier ganz grosser Schwimmdocks, eines Unterseeboot-Depotschiffes, eines Hebungsschiffes und anderer Hilfsfahrzeuge.

Das Personal der Flotte wird um 3000 Mann erhöht auf 131 000 Mann, oder gleichviel wie im Jahre 1905.

Zu dem erwähnten Bauprogramm kommen noch die zwei von Australien und Neuseeland in England in Bau gegebenen Kolonialdreadnoughts, Kolonialkreuzer, Torpedo- und Unterseefahrzeuge

Wenn wir uns fragen wollen, ob das gegenwärtige Schiffbauprogramm Englands genügt, um den Two Power Standard, der das Minimum dessen ist, was England für seine Flotte im

[1]) Es scheint allerdings, wie wenn der Kriegsminister Haldane aus persönlicher Gegnerschaft versuchen möchte, Kitchener möglichst kalt zu stellen, dessen Ansicht, im Vereine mit derjenigen Roberts, dass England die allgemeine Wehrpflicht einführen solle, der liberalen Regierung nicht genehm ist.

Interesse seiner ganzen nationalen Existenz tun muss, aufrecht zu erhalten, so müssen wir die deutschen Ausgaben für die Marine und die deutsche Schiffsbautätigkeit zum Vergleiche herbeiziehen. Denn nach ihr hat sich England in seinen Ausgaben für die Flotte zu richten, nachdem Frankreich den Wettlauf mit Deutschland aufgegeben hat, Russland infolge seiner Niederlage aus der Reihe der grossen Seemächte ausgeschieden ist und die Vereinigten Staaten angesichts der grossen Entfernung von England und der Stammverwandtschaft der beiden Völker ausser Betracht fallen.

Da sehen wir denn, wie enorm Deutschland in den letzten 15 Jahren seine Ausgaben für die Flotte gesteigert hat:

Das deutsche Marinebudget betrug nämlich:

1896	L	4 312 000	1904	L	10 102 000
1898	„	6 083 000	1906	„	12 005 000
1900	„	7 648 000	1908	„	16 596 000
1902	„	10 044 000	1910	„	21 704 000

Wir sehen, es hat sich in der unglaublich kurzen Zeit von 14 Jahren verfünffacht. Ob dies nun kraft eines zum Voraus auf eine bestimmte Anzahl Jahre festgelegten Gesetzes, oder anders geschehen ist, bleibt sich gleich. Zudem ist mit ziemlicher Sicherheit zu erwarten, dass noch vor Ablauf der für die Ausführung des gegenwärtigen deutschen Schiffbauprogramms bestimmten Zeit ein neues, erweitertes Programm aufgestellt werden wird. In der gleichen Zeit hat Deutschland den Personalbestand seiner Flotte von 22 000 auf 58 000 erhöht.

Mit dieser ungeheuren Ausgabensteigerung deutscherseits hat England in keiner Weise Schritt gehalten; während Deutschland seine Flottenausgaben in den letzten 10 Jahren um volle 200% gesteigert hat (die Vereinigten Staaten beiläufig um 115%), hat sie England nur um die sehr bescheidene Zahl von 35% gesteigert. Dazu hatte sie noch die liberale Regierung von 1906—1909 sogar ganz erheblich verringert in der etwas naiven Erwartung, Deutschland werde dasselbe tun, was dieses doch gar nicht konnte, ohne sein Marinegesetz zu ändern.

Noch unbefriedigender fällt der Vergleich der gegenwärtigen Schiffsneubauten aus. Am 15. Juli kam im Unterhause die Kreditbewilligung von L 3 444 000 für Neubauten zur Abstimmung und der Ministerpräsident Asquith musste sich bei dieser Gelegenheit zu dem vertrauensvollen Geständnis bekennen, dass sich im Jahre 1913 die englische Ueberlegenheit an Dreadnoughts auf die ganz unbedeutende Zahl von 4 Schiffen beschränken werde. Es sind nämlich:

Fertig und in Dienst gestellt:
England 10 Deutschland 5
Vom Stapel gelassen:
England 6 Deutschland 5
Auf Stapel gelegt:
England 4 Deutschland 7
Auf Stapel gelegt für Kolonien:
England 2 Deutschland 4
(bereits bewilligt)

Das Verhältnis an fertiggestellten Dreadnoughts wird sein:

April	1910	England	10	Deutschland	4
„	1911	„	12	„	8
„	1912	„	20	„	13
„	1913	„	25	„	21
		(u. 2 Koloniale)			

Wie gesagt, die britische Superiorität in den europäischen Gewässern wird zu Ende des Jahres 1913 nur noch 4 Dreadnoughts betragen. Zwar stellte die deutsche Regierung amtlich in Abrede, dass die Ausführung des Bauprogrammes beschleunigt werde; die Tatsachen scheinen dem aber nicht ganz zu entsprechen; denn der englische Premierminister erklärte erneut, dass er auf Grund seiner Informationen konstatieren müsse, dass Deutschland doch sein Schiffbauprogramm beschleunigt durchführe und die Produktionsfähigkeit für Geschütztürme und Geschütze grössten Kalibers gewaltig gesteigert habe. Da die liberale Regierung nach den Erfahrungen des letzten Jahres keinen Grund hatte, nochmals einer „Flottenpanik“ zu rufen, die sie zu noch grössern Ausgaben zwingen würde, so darf angenommen werden, dass die Sache sich wirklich so verhält. Die nächste Zukunft wird auf jeden Fall bald zeigen, wer in dieser Hinsicht Recht hatte!

Mit Recht wiesen in der nachfolgenden Debatte die Führer der Opposition, Balfour und Admiral Lord Charles Beresford, darauf hin, dass die liberale Regierung offenkundig den Two Power Standard aufgegeben habe, und dass das diesjährige Schiffbauprogramm in keiner Weise auch nur annähernd den dringensten Erfordernissen gerecht werde. An dieser Tatsache ändere auch die Absicht der Regierung nichts, im nächsten Jahr das Budget um weitere 6 Millionen Pfund zu steigern.

Wenn man in Betracht zieht, dass Deutschlands Handelsflotte fünfmal kleiner ist als die englische, dass sein Küstengebiet sehr beschränkt ist und seine Kolonien verhältnismässig gering und nicht sehr wertvoll, so müsste auf Grund dieser Faktoren, die doch die ausschlaggebenden sind, die englische Flotte, um ihrer Aufgabe, die ungeheure Handelsflotte, die enorm langen Seewege und Seestrassen, und die über den ganzen Erdball zerstreuten, sehr reichen Kolonien mit

ihrer ganz ungeheuren Küstenlänge zu schützen, gerecht zu werden, eigentlich fünfmal stärker sein, als die deutsche allein genommen. Da dies nun begreiflicherweise die Finanzen auch des reichsten Landes bei weitem nicht erlauben und billigerweise Deutschland sich nicht mit einem Stärkeverhältnis von 1 : 5 begnügen kann, so darf wirklich der zwei Mächte Standard, wie er bisher von England innegehalten wurde, als das äusserste Minimum dessen betrachtet werden, das für die Sicherheit des Reiches unter allen Umständen notwendig ist.

Die liberale englische Regierung, die aus parteitaktischen Gründen sich dazu verstehen konnte, diesen Grundsatz zu opfern, begeht damit einen Schritt von ungeahnter Tragweite. Weit davon entfernt, durch die Aufgabe des Two Power Standard und die Einschränkung der Marineausgaben unter das absolut notwendige Mass etwa die Erhaltung des Weltfriedens im allgemeinen und eines freundnachbarlichen Verhältnisses mit Deutschland sicherer zu stellen, bewirkt sie damit das gerade Gegenteil

Die Marine wird dadurch in den Kreis der parteipolitischen Leidenschaften und Kämpfe gezogen. Die notwendigerweise immer und immer wieder in Presse und Parlament auftretenden Erörterungen bringen ein Element der Unruhe in grosse Volksmassen hinein und es wird ein Gefühl wachsenden Misstrauens und steigender Erbitterung gegen Deutschland erzeugt, das die im Interesse des Weltfriedens so überaus wünschbare Annäherung der beiden stammverwandten Völker, die beide an der Spitze der Zivilisation marschieren, erschwert, wenn nicht verhindert.

Nach wie vor bildet eine starke Rüstung die sicherste Garantie und Gewähr des Friedens, und wehe, wenn eines Tages Deutschland sein Heer, oder wie das liberale Regiment in England sich heute zu tun anschickt, England seine Flotte zu vernachlässigen anfängt!

So wenig die nach Zahl und Tüchtigkeit unangreifbare deutsche Armee in der Hand einer friedliebenden Regierung eine Gefahr für den Weltfrieden bildet, so wenig tut dies die mächtigste und tüchtigste Flotte der Welt. Im Gegenteil: sie beide stellen in ihrer Art, die eine zu Lande, die andere zu Wasser, die sicherste Friedensgarantie dar, welche die Welt gegenwärtig besitzt.

Für Deutschland und jede andere kontinentale Macht bedeutet der Verlust der Flotte und der Kolonien noch lange nicht auch den Verlust ihrer kontinentalen Macht. An dem Tage aber, an dem Englands Flotte geschlagen und vernichtet ist, ist das britische Weltreich in seinem innersten Lebensnerv getroffen und verloren, ob es auch gleich noch die grösste, ungeschlagene Armee besässe.

Das ist das Moment, das bei Betrachtung und Vergleichung der Ausgaben Englands und Deutschlands für ihre nationale Verteidigung und ihrer Geltung zur See stets im Auge behalten werden muss, will man ihre Bedeutung voll und ganz verstehen und würdigen! O. B.

Ausland.

Frankreich. Kavallerieübungen. Unter Leitung des Kommandierenden des 16. Armeekorps, Generals Marison, finden grosse Kavallerieübungen statt: am 23. August Brigadeübungen; am 24. August Divisionsübungen; vom 26. bis 29. August einschliesslich Uebungen der Divisionen gegeneinander. Die 12. und die 16. Kavalleriebrigade nebst einer Artillerieabteilung des 12. Armeekorps bilden die 1. provisorische Kavalleriedivision unter dem General Baudot, Kommandeur der 12. Kavalleriebrigade. Die 17. und 18. Kavalleriebrigade mit einer Artillerieabteilung vom 17. Armeekorps bilden die 2. provisorische Kavalleriedivision unter Kommando des Generals Wallon, Kommandeur der 17. Kavalleriebrigade. Die Quartiere der Manöverleitung befinden sich am 22. und 23. August in Grenade sur Garonne, am 24. und 25. in Montech, am 29. und 30. August in Grenade.

Militär-Wochenblatt.

Italien. Beförderungsverhältnisse der Oberstleutnants. Neuere Massnahmen, insbesondere ein Gesetz vom Mai d. J. über das Ausscheiden von Offizieren und die Erhöhung des Fonds für deren Versetzung in den Ruhestand, haben eine umfangreiche Beförderung von Oberstleutnants zu Regimentskommandeuren gestattet. Davon zählen 2 Oberstleutnants des Generalstabes 47 bis 48 Jahre, 14 Oberstleutnants der Infanterie, von denen übrigens nur drei die Kriegsakademie besucht haben, sind 47 bis 49 Jahre alt, weitere elf zählen 49 bis 55 Jahre. 3 Oberstleutnants der Kavallerie, die schon ein Regiment geführt haben, sind 53 und 54 Jahre alt. In der Oberstleutnantsstellung sind sie alle fünf Jahre gewesen. Für die Auswahl der einzelnen zur Beförderung in die für den Geist und die Tüchtigkeit des Heeres wichtigste Stellung des Regimentskommandeurs sind die Gesichtspunkte entscheidend gewesen, unter die der Generalstabschef neuerdings die von ihm persönlich in allen Einzelheiten geleiteten Rahmenmanöver der Oberstleutnants aller Waffen stellt. Sie sind nicht mehr wie früher Prüfungsmanöver im Hinblick auf die Beförderung des einzelnen, sondern Generalleutnant Pollio legt Wert darauf, die Gesamtpersönlichkeit und ihre Fähigkeit für ein einheitliches Zusammenwirken des ganzen Offizierkorps kennen zu lernen. Die neu beförderten Obersten werden durchschnittlich sechs Jahre in ihrer Stellung bleiben können, ehe sie die Altersgrenze erreichen. Mil.-Wbl.

Belgien. Das Heeresbudget für 1910. Das für 1910 angenommene Heeresbudget beläuft sich auf 56 890 291 Fr. (1909: 58 197 505 Fr.), wovon A. 52 145 601 Fr. für ordentliche und B. 4 744 690 Fr. für ausserordentliche (einmalige) Ausgaben angesetzt sind. Obschon die Friedenseffektivstärke des Heeres während des Finanzjahres 1910 dieselbe sein wird wie